



Helga Schwitzer

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Gute Arbeit für Europa

Gerechte Löhne – Soziale Sicherheit

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2012 in Braunschweig

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
ich begrüße Euch zum 1. Mai. Dieser Tag ist unser Tag der Arbeit, unser Feiertag.
An diesem Tag erinnern wir an unsere Erfolge, an die Erfolge der arbeitenden
Menschen, die wir gemeinsam dem Kapital und der Politik abgerungen haben.

Am 1. Mai vergewissern wir uns: Wir dürfen nicht nachlassen im Kampf für bessere
Arbeits- und Lebensbedingungen, im Kampf für gute Arbeit, Gerechtigkeit und
Menschenwürde, für Frieden und Freiheit, für Demokratie und Respekt.

An diesem Tag erheben wir besonders laut unsere Stimme gegen Ausbeutung und
Unterdrückung, gegen Kriege und Militarisierung, gegen Rassismus und
Faschismus.

Wir wollen in einer friedlichen Welt leben. Wir wollen, dass alle Menschen ein Leben
in Würde und sozialer Sicherheit leben können. Niemand darf aufgrund irgendeines
Merkmals davon ausgegrenzt werden.

Geschlecht, Alter, Religion, Herkunft – das dürfen nirgendwo Gründe sein, Menschen
zu diskriminieren, sie in Menschen 1., 2. oder 3. Klasse aufzuspalten. Das sät nur
Zwietracht. Wir wollen Eintracht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ja, ich bin ein Fan der Eintracht. Und ich weiß natürlich: Das kommt hier in
Braunschweig besonders gut an. Eintracht ist ja auch ein schöner Name für einen
Fußballverein. Und die Löwen der Braunschweiger Eintracht haben sich im ersten
Jahr nach Rückkehr in die zweite Bundesliga doch sehr ordentlich gehalten. Oberes
Mittelfeld ist für einen Aufsteiger beachtlich.

Vielleicht ist das eine Grundlage, um in der nächsten Saison in Liga 1 aufzusteigen.
Der Tradition Eurer Stadt würde es ja gerecht. Immerhin hat hier in Braunschweig
der Lehrer Konrad Koch vor 138 Jahren den Fußballsport in Deutschland eingeführt.

Außerdem wäre es nicht schlecht, wenn dann drei der 2007 zur Metropolregion
erklärten Städte Hannover, Braunschweig, Göttingen und Wolfsburg ab 2013 in der
höchsten Liga vertreten wären.

Bei der Elektromobilität spielen diese Städte ja bereits ganz oben mit. Erst im April hat die Bundesregierung unsere Metropolregion als nationales Schaufenster E-Mobilität ausgewählt. Ja, „**unsere**“ Metropolregion. Wie Ihr wisst, komme ich aus Hannover.

Volkswagen und jede Menge Zulieferfirmen, Siemens, Bombardier Transportation, Bosch Engineering – das sind in der Löwenstadt Firmennamen, die für Mobilität stehen. Vor allem aber sind es Namen, die für gute Produkte stehen, für Eure gute Arbeit Kolleginnen und Kollegen.

Die TU Braunschweig, die Niederlassung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, Ostfalia, die Hochschule für angewandte Wissenschaften – das sind Institutionen, die den Ruf Braunschweigs als Stadt der Wissenschaft mitbegründet haben. Braunschweig führt, was die Ausgaben für Forschung und Entwicklung betrifft, die Rangliste der Städte in Europa an.

Hinter all diesen Errungenschaften stehen Menschen, steht Eure Arbeit, Kolleginnen und Kollegen. Auch das stellen wir an diesem 1. Mai heraus, daran erinnern wir und das wollen wir feiern. Darauf könnt Ihr mit Recht stolz sein.

Ob Ihr im Kindergarten den Nachwuchs fördert und betreut. Ob Ihr bei VW Autos zusammenbaut. Ob Ihr im Labor an neuen Legierungen forscht. Ob Ihr in Pflegeheimen alte Menschen pflegt. Was und wo auch immer Ihr arbeitet: Ihr seid diejenigen, die unseren Wohlstand erwirtschaften. Das muss man den Kapitalisten immer wieder klar machen.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir alles Recht der Welt, an diesem Wohlstand teilzuhaben. Und wir haben alles Recht, dafür fair behandelt zu werden.

Darum geht es in den Tarifrunden in der Metall- und Elektroindustrie, bei VW, in der chemischen Industrie, bei den Banken, im Kraftfahrzeuggewerbe, im Bereich der NGG, bei T-Systems. Wir fordern Teilhabe am Aufschwung, an den Gewinnen.

Wir fordern Zukunftschancen und Perspektiven für junge Menschen. Wir fordern, den Missbrauch der Leiharbeit und anderer Formen prekärer Beschäftigung zu stoppen. Wir verlangen eine soziale Neuordnung des Arbeitsmarktes, die Schluss macht mit dem Verramschen menschlicher Arbeitskraft. Prekär ist nicht fair, prekär muss weg!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Ihr habt es mitbekommen: In der Metallindustrie haben wir mit Warnstreiks begonnen. Am 28. April, 24 Uhr, war die Friedenspflicht abgelaufen. Punkt null Uhr sind Nachtschicht-Beschäftigte raus vor die Werkstore gezogen.

Auch gestern hat's hier und da gekracht – trotz Brückentag. Und ab morgen, Kolleginnen und Kollegen, geht's dann richtig los. Das verspreche ich Euch. Hunderttausende Metallerinnen und Metaller werden mit Warnstreiks Druck auf die Arbeitgeber machen. Dann geht's in die Vollen.

Denn die Arbeitgeber haben die Wut und Empörung unserer Kolleginnen und Kollegen regelrecht provoziert. Drei Prozent für 14 Monate haben sie angeboten. Das gleicht gerade mal aus, was Ihr mehr für Lebensmittel, Kleidung oder Sprit ausgeben müsst.

Und das nennen die Arbeitgeber auch noch fair. Manager und Vorstände bedienen sich kräftig selbst. Aktionäre werden in diesen Tagen fürstlich bedient. Der Wirtschaft geht es super, Gewinne steigen. Und die Beschäftigten sollen in die Röhre gucken.

Das ist alles andere als fair, Kolleginnen und Kollegen. Ihr habt doch den Karren aus der Krise gezogen.

Gerade mal 2,57 Prozent aufs Jahr gerechnet bieten sie uns an. Das ist Undank, das ist unfair, das ist unverschämte! Das ist eine Frechheit.

Da muss deutlich mehr auf den Tisch und in die Taschen. Wir wissen, das fällt nicht vom Himmel. Es kommt auch kein anonymer Spender, der uns schenkt, was wir verdient haben. Wir können nicht auf das Wunder von Braunschweig hoffen. Wir müssen dafür kämpfen. Das wissen wir. Deshalb kämpfen wir. Die IG Metall fordert 6,5 Prozent. Die Beschäftigten haben's verdient. 6,5 Prozent mehr, das ist fair.

Wir dürfen gespannt sein, vor allem unsere VW-Kollegen dürfen gespannt sein auf den 8. Mai. An diesem Tag wird erstmals bei dem Autokonzern über Tarifierhöhungen verhandelt. 6,5 Prozent mehr haben wir auch hier gefordert.

Wenn VW auf Zeitgewinn spielt, wenn der Konzern sich ebenso knauserig anstellt wie die Metall-Arbeitgeber, dann werden sich VW-Beschäftigte und ihre Kolleginnen und Kollegen der Metallindustrie gemeinsam wehren und Aktionen machen. Dann gibt's ruckzuck noch mehr Druck, gemeinsamen Druck.

Die Kolleginnen und Kollegen von verdi haben in der Tarifaueinandersetzung im öffentlichen Dienst, in der Tarifrunde für die Beschäftigten beim Bund und bei den Kommunen vorgemacht, wie's geht: Frühzeitiger und kräftiger Warnstreikdruck hat eine Lösung gebracht. 6,3 Prozent verteilt auf drei Erhöhungsstufen in zwei Jahren. Das ist ordentlich, bringt zusätzliche Kaufkraft in die Taschen. Und auch für die Beschäftigten bei der Telekom konnte im Schlichtungsverfahren am vergangenen Samstag ein gutes Ergebnis erzielt werden. Dazu gratuliere ich.

Und für uns Metallerinnen und Metaller ist klar: Sollten Warnstreiks nicht reichen, um zu einem zufriedenstellenden Ergebnis zu kommen, dann, Kolleginnen und Kollegen, versichere ich euch schon heute: Die Metallerinnen und Metaller können auch Streik! Auch hier in Braunschweig.

Wir wollen alle miteinander fair beteiligt werden. Wir müssen und wollen mehr für die Inlandsnachfrage tun. Unsere Wirtschaft und der Aufschwung brauchen ein zweites Standbein neben dem Export.

Wir wollen die Umverteilung von unten nach oben wenigstens ein Stück weit korrigieren.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

mehr Fairness beim Lohn, das ist das eine, wofür wir miteinander kämpfen. Mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt ist das andere Ziel.

„Prekäre Republik Deutschland“ hat die Frankfurter Rundschau vor zehn Tagen getitelt. Die Zustände sind in der Tat alarmierend. Die Sitten sind verroht.

Nur noch rund 75 Prozent aller Beschäftigten sind fest angestellt, haben eine sozialversicherte, unbefristete Vollzeitbeschäftigung. Tendenz weiter sinkend. Viele haben Beschäftigungsverhältnisse, die nicht als normal gelten, aber immer mehr zur Norm werden.

Weit über 900.000 Menschen verdienen aktuell mit Leiharbeit ihren Lebensunterhalt. Wenn's dazu überhaupt reicht. Denn die Verdienste in der Leiharbeit liegen um bis zu 60 Prozent niedriger als bei den Stamm-Beschäftigten.

Fast drei Millionen Menschen sind in Deutschland nur befristet beschäftigt. Ihre Zahl wächst täglich.

7,5 Millionen Menschen arbeiten in Minijobs, oft zu Löhnen, die zum Leben nicht reichen. Altersarmut ist bei den meisten vorprogrammiert.

Durch diese Entwicklung am Arbeitsmarkt wird der Niedriglohnsektor immer größer. Immer weniger Menschen können von dem leben, was sie verdienen. Viele müssen aufstocken. Auf diese Weise subventionieren wir alle mit unseren Steuergeldern die Billiglohnstrategie der Unternehmen.

Das ist doch ein Skandal, Kolleginnen und Kollegen! Statt für Schulen oder Kindergärten, statt für Bildung oder Betreuung zahlen wir Steuern, damit Unternehmen Menschen zu Billiglöhnen beschäftigen können.

Und dann noch der Skandal mit dem Betreuungsgeld. Diese Bundesregierung, mit Kanzlerin Merkel und Quotenverhinderungsministerin Schröder an der Spitze, hält an ihrer Herdprämie fest. Statt endlich die zugesagten Plätze in Kindertagesstätten und Krippen zu liefern, sollen für Kinderbetreuung daheim Milliarden bezahlt werden.

Was ist das für ein Familienbild? Landauf, landab wird für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geworben. Immer mehr Unternehmen sehen für die Bewältigung des Fachkräftemangels in Frauen eine wichtige strategische Größe. Und die Bundesregierung will Betreuungsgeld bezahlen, wenn Frauen mit Babys zu Hause bleiben oder dorthin zurückkehren.

Das ist absurd. Und wer geglaubt hat, absurder ginge es nicht mehr, ist in den letzten Tagen eines Schlechteren belehrt worden. Hartz-IV-Empfängerinnen sollen das Betreuungsgeld zwar erhalten, aber es soll von ihrer Grundsicherung wieder abgezogen werden. Die Millionärgattin kann sich unterdessen eine zusätzliche Maniküre gönnen.

Da müssen wir uns doch fragen: Welches Bild steckt dahinter? Es ist ein zutiefst von Vorurteilen, Vorverurteilungen und Stigmatisierung durchdrungenes Bild. Es ist das Bild von einer Arbeitslosen, die das Geld lieber versäuft statt es ihrem Kind zugutekommen zu lassen.

Diese „Herdprämie“ muss vom Tisch, und zwar schnell, Kolleginnen und Kollegen!

Die Arbeitgeber spalten die Belegschaften. Die Politik spaltet die Frauen in gute und schlechte Mütter. Eine so gesplante Gesellschaft birgt sozialen Sprengstoff ohne Ende. Wir wollen keine Prekäre Republik Deutschland. Und wir wollen auch keine gesellschaftliche Explosion.

Wir brauchen einen Mindestlohn. In allen Branchen müssen Menschen von ihrer Arbeit leben können. Was die Union vor einigen Tagen vorgelegt hat, ist völlig unzureichend. Was uns Ministerin von der Leyen als „bestechendes Modell“ anpreist, sticht ausgerechnet dort nicht, wo es am nötigsten ist, wo es nur geringe Tariflöhne gibt. Wer im Friseur- oder Fleischerhandwerk, im Bewachungsgewerbe oder Gartenbau, im Hotel- und Gaststättenbereich arbeitet, hätte gar nichts von davon.

Die Menschen brauchen Planungssicherheit. Junge Menschen brauchen Perspektiven und Zukunft.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, fordert die IG Metall, fordern wir in unserer Tarifrunde die unbefristete Übernahme aller Ausgebildeten. Deshalb fordern wir eine faire Bezahlung der Leiharbeit. Und wir fordern für unsere Betriebsräte mehr Mitbestimmung bei der Leiharbeit, damit sie den Missbrauch stoppen können.

Und was machen die Arbeitgeber? Sie sagen „Nein“ zu diesen Forderungen. Sie blockieren. Sie mauern sich ein. Lediglich bei der Bezahlung der Leiharbeit wollen sie Branchenzuschläge akzeptieren.

Über diese Branchenzuschläge verhandeln wir aktuell mit den Verbänden der Leiharbeit - parallel zu den Tarifverhandlungen mit den Metall-Arbeitgebern.

Aus den Verhandlungen mit den Verbänden der Verleiher kann ich Euch sagen: Die Branchenzuschläge sind längst noch nicht in trockenen Tüchern.

Da gibt es noch eine Menge Knackpunkte, um für Leiharbeitsbeschäftigte faire Bezahlung durchzusetzen. Zum Beispiel ist völlig offen, ab wann Branchenzuschläge zu zahlen sind, wie hoch sie sind und wann sie in Kraft treten sollen. Wenn es nach den Verleiharbeitgeberverbänden geht, ist die Antwort klar: In den ersten Monaten keinen Branchenzuschlag, er darf auch nicht zu hoch sei und in Kraft treten soll das Ganze erst Mitte 2013.

Das, Kolleginnen und Kollegen, machen wir nicht mit. Da ziehen wir gemeinsam an einem Strang: Leihbeschäftigte und Stammbeslegschaften. Letzten Freitag hat es zur 3. Tarifverhandlung vor dem Verhandlungslokal eine hervorragende gemeinsame Aktion gegeben. Die Verleihverbände müssen wissen: Wenn sie sich nicht bewegen, können wir noch mehr! Dann kracht es richtig. Auch bei den Warnstreiks in der Metall- und Elektroindustrie.

Unser Ziel bleibt: Für gleiche Arbeit muss es gleichen Lohn geben! Das ist auch eine Frage der Würde, Kolleginnen und Kollegen. Branchenzuschläge sind ein Schritt dahin. Aber Trippelschritte machen wir nicht mit!

Missbrauch stoppen – faire Leiharbeit durchsetzen! Das ist unser Ziel. Dazu gehört, dass Betriebsräte mitbestimmen können, ob überhaupt Leiharbeitsbeschäftigte im Betrieb beschäftigt werden. Wenn ja, wie viele, zu welchen Konditionen und vor allem wann Leihbeschäftigte in ein Stamarbeitsverhältnis übernommen werden müssen.

Leiharbeit muss wieder zu dem werden, wofür sie gedacht ist, als Puffer für vorübergehende Personalengpässe. Deshalb brauchen Betriebsräte die volle Mitbestimmung. Die Metallarbeitgeber lehnen das mit aller Schärfe ab. Sie wollen die Herren im Hause bleiben.

Dieselben Betriebsräte, die mit ihrem Einsatz in der Krise dafür gesorgt haben, dass die Unternehmen Beschäftigung gehalten haben. Dieselben Betriebsräte, die dadurch erst den raschen Aufstieg aus der Krise und die dabei erzielten Gewinne ermöglicht haben. Die wahren Helden der Krise sollen bei der Leiharbeit nicht mitreden können. Nach dem Motto: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Nicht mit uns! Das lassen wir uns nicht bieten, Kolleginnen und Kollegen. Das ist Provokation pur.

Aber es kommt noch schlimmer: Dafür, dass die Arbeitgeber bei Leiharbeit nichts anbieten, verlangen sie noch einen Preis. Sie wollen die Verteuerung der Leiharbeit auf eine Tarifierhöhung in der Metall- und Elektroindustrie anrechnen. Auf gut Deutsch: Die Beschäftigten sollen dafür bezahlen, dass die Unternehmen Lohndumping beenden müssen!

Unverschämter geht's nicht, denkt Ihr? Oh doch, die Arbeitgeber haben auch noch Gegenforderungen auf den Tisch gepackt. Die Quote derjenigen, die 40 Stunden pro Woche arbeiten können, wollen sie erhöhen. Und sie wollen die Befristungsmöglichkeiten ausweiten.

Die 35-Stunden-Woche ist und bleibt unsere Marschzahl, Kolleginnen und Kollegen. Wir wollen sie überall erreichen. Deshalb lassen wir an der Arbeitszeit nicht rütteln.

Und auch zu unserer Forderung der unbefristeten Übernahme der Ausgebildeten lautet die Antwort der Arbeitgeber: Nein! Sie gehen noch weiter: Sie haben die Forderung als Zwangsübernahme oder Verbeamtung diffamiert.

Hier ist sie wieder, die Herr-im-Hause-Ideologie.

Die gleichen Arbeitgeber klagen übrigens über schon vorhandenen oder drohenden Fachkräftemangel. Das ist doch wirklich schizophren, Kolleginnen und Kollegen. Fachkräftebedarf anmelden aber nichts dafür tun, dass Fachkräfte nachwachsen. Das ist gerade so, als würde jemand nach Rettung vor dem Ertrinken rufen und dabei die Schwimmweste ablegen.

Der sogenannte Lösungsvorschlag der Arbeitgeber löst nur eins aus: Nämlich Wut und Empörung! Das kriegen die Arbeitgeber in Warnstreiks zu spüren. Das ist die einzige Antwort, die sie verstehen.

Unsere Forderungen sind gerecht, sind fair. Wir wollen mehr Gerechtigkeit, mehr Job-Sicherheit und Perspektiven für Junge und mehr Solidarität mit den Leihbeschäftigten.

Wir wollen eine humane Gesellschaft, in der nicht die Ökonomie der Maßlosigkeit und der Maßlosen und die unersättliche Gier nach größtmöglicher Rendite bestimmt.

Wir wollen vor allem eine Gesellschaft, in der die Würde des Menschen im Mittelpunkt steht. Eine Gesellschaft und einen Arbeitsmarkt, in der das unbefristete Vollzeitarbeitsverhältnis wieder zur Norm wird und nicht eine prekäre Republik. Auch dafür treten wir in dieser Tarifauseinandersetzung an.

Wir wollen mehr und fair. Wir haben haben's verdient!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

das zentrale Motto für unseren 1. Mai lautet: Gute Arbeit für Europa – gerechte Löhne, soziale Sicherheit. Ja, Kolleginnen und Kollegen, Europa ist es wert und hat es nötig, dass wir uns engagieren.

In Griechenland wird Europa von ganz vielen Menschen mittlerweile mit Not, Leid und Elend gleichgesetzt. Verordnet von einer Politik, die statt der Krisenursachen die Menschen bekämpft.

In Portugal, Spanien, Italien oder Irland sieht es nicht viel besser aus. Überall müssen vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner, Empfänger und Empfängerinnen von Sozialleistungen auslöffeln, was uns skrupellose Finanzjongleure eingebrockt haben. Auch in Deutschland.

Statt den Casino-Kapitalisten das Handwerk zu legen, statt ihnen ihre Pumpen zum Aufblasen von Spekulations- und anderen Blasen aus der Hand zu schlagen, beugt sich die Politik dem Druck dieser Zocker.

IWF, ESM, EU-Kommission und vor allem die deutsche Bundesregierung – sie sind heute das größte Risiko für ein einiges Europa. Mit ihren Spardiktaten verschärfen sie die Krisen in den Krisenländern. Und: Sie machen aus Krisen der Wirtschaft eine Krise der Demokratie.

Mit Einschränkungen von Arbeitnehmerrechten und der Tarifautonomie, mit Sozialabbau und dem Abbau rechtsstaatlicher Errungenschaften, kurzum: mit neoliberaler Politik ist kein Staat zu machen. Auch kein Staatenbund.

Die neoliberale Politik der Deregulierung ist eine der großen Krisenursachen. Jetzt die Krisen mit neoliberaler Politik bekämpfen zu wollen, das ist so, als wollte die Feuerwehr das Feuer mit Benzin löschen.

Wenn in Griechenland und Italien demokratisch nicht legitimierte Eliten die Regierung übernehmen. Wenn in Spanien die konservative Regierung Kritiker ihrer Sparpolitik in den Medien mundtot macht. Wenn die ungarische Regierung Presse- und Meinungsfreiheit einschränkt.

Und wenn die Finanzwelt auf den ersten Durchgang der französischen Präsidentschaftswahlen und auf den ersten Platz für den sozialistischen Kandidaten Hollande mit Alarmrufen reagiert, dann ist das Alarmstufe Rot für die Demokratie.

Wir wollen ein soziales Europa. Wir wollen ein demokratisches Europa. Wir wollen den Euro retten. Ja! Aber wir dürfen unsere Demokratie nicht verlieren!

Ein Fiskalpakt, der Kaputtsparen in Krisenländern zum Prinzip erhebt, der nationale Demokratien aushebelt, dieser Pakt hat nicht unsere Zustimmung, Kolleginnen und Kollegen! Er hat null demokratische Legitimation.

Übrigens: Das Europa-Parlament war von Anfang an nicht beteiligt und soll auch nicht beteiligt werden. Und wenn nationale Parlamente diesem Pakt einmal zugestimmt haben, haben sie sich gewissermaßen selbst entmachtet.

Denn ist der Pakt in Kraft, kann er nur aufgelöst werden, wenn alle beteiligten Regierungen dies einvernehmlich wollen. Die Parlamente können dann gar nichts mehr machen. Weder das europäische noch die nationalen Parlamente.

Das hat mit Demokratie so viel zu tun wie Diebstahl mit Edelstahl – gar nichts, Kolleginnen und Kollegen.

Das können wir gemeinsam nicht zulassen. Das ist Entmündigung! Deshalb unterstützen wir die ehemalige Bundesjustizministerin Hertha Däubler-Gmelin, die eine Verfassungsklage für den Fall angekündigt hat, dass der Bundestag den Fiskalpakt ratifiziert. So wie er jetzt gestrickt ist, gehört er auf den Müll.

Wir brauchen stattdessen Aufbauprogramme für die Krisenländer. Länder wie Griechenland oder Portugal brauchen eine Art Marshallplan, um neue Industrien aufzubauen und wieder mehr exportieren zu können.

Was wir brauchen, ist eine grundlegende Kurskorrektur in Europa. Dazu gehört ein nachhaltiges Konzept zur Krisenbewältigung. Und dazu gehört, dass diejenigen, die mit ihrer Zockerei die Krise verursacht haben, auch die Zeche bezahlen müssen. Die Finanztransaktionssteuer muss endlich her.

Die Reichen und Vermögenden müssen endlich mehr Steuern zahlen. Und wir brauchen Eurobonds, damit alle EU-Staaten zu gleichen Bedingungen Kredite aufnehmen können.

Wir brauchen eine solidarische Politik in Europa. Die Ungleichgewichte als eine Ursache der Eurokrise müssen beseitigt werden.

Solidarität heißt: Die Starken stehen für die Schwachen ein. Genau das fordern wir. Genau deshalb müssen die Regierungen in Europa, muss vor allem die Bundesregierung, muss auch die EZB ihren Kurs in der Anleihepolitik ändern.

Deutschland kann nicht mehr als die Hälfte seiner Exporte in Ländern der EU absetzen, die Euros von den Abnehmerländern einsacken, sich über die Überschüsse freuen, und dann deren Defizite kritisieren.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, stellen wir uns gemeinsam gegen die wirtschaftliche und soziale Spaltung in Europa und gegen die Spaltung der Menschen. Die europäische Idee ist zu wertvoll, als dass wir sie aufs Spiel setzen. Dafür ist die Vergangenheit mit Hass und Kriegen zu schmerzvoll.

Nie wieder Krieg, in Europa nicht und nirgendwo. Auch an diese gewerkschaftliche Grundposition will ich am heutigen Tag der Arbeit erinnern.

Die Krisenherde und Kriegsgefahren auf unserer Erde sind in den letzten Jahren mehr geworden. Deutlich mehr. Insbesondere im Nahen und Mittleren Osten wird aufgerüstet, was das Zeug hält.

Deutsche Rüstungshersteller exportieren mehr in diese und andere Regionen als je zuvor. Deutschland hält nach wie vor einen unrühmlichen dritten Platz unter den Rüstungsexportländern.

In unserem Land sind die Rüstungsausgaben rückläufig. Das ist gut so. Hauptgrund ist die Verkleinerung der Bundeswehr. Aber das kann dann nicht beruhigend sein, wenn die Rüstungshersteller zum Ausgleich dafür mehr exportieren.

Nein, Kolleginnen und Kollegen, ich finde es alles andere als beruhigend, wenn im Libyen-Krieg Lager mit Waffen aus deutscher Produktion entdeckt werden. Ich finde es auch beunruhigend, wenn Saudi-Arabien und andere Golfstaaten sich mit Waffen und anderem Kriegsgerät aus deutscher Produktion eindecken. Genauso beunruhigt es mich, wenn Israel jetzt ein U-Boot aus deutscher Produktion bekommt, die das Militär mit Atomraketen bestücken kann.

In Nahost gibt es viele Pulverfässer. Sowohl was die inneren, aber auch was die zwischenstaatlichen Konflikte angeht. Waffenlieferungen dorthin können die Zündfunken sein, die diese Pulverfässer zur Explosion bringen. Dafür dürfen wir nicht die Handlanger sein, Kolleginnen und Kollegen. Weder wir noch andere Staaten.

Wir wollen Frieden. Konflikte müssen friedlich gelöst werden. Beteiligte müssen an einen Tisch. So wie es die UNO derzeit in Syrien versucht. So muss es die internationale Staatengemeinschaft überall versuchen. Im iranisch- israelischen Konflikt, im israelisch-palästinensischen, im nigerianischen, in jedem Konflikt auf dieser Welt.

Die UNO darf sich nicht vor den Karren von strategischen Interessen spannen lassen. Ihre Mission muss immer und überall eine Friedensmission sein.

Die Nato muss aus dem Afghanistankrieg lernen, dass Gewalt nur neue Gewalt hervorbringt. Deshalb fordern wir: Nato-Truppen müssen raus aus Afghanistan. Bundeswehr raus aus Afghanistan. Keine Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Kriegseinsätzen.

Auch die Erfahrungen im jüngsten Kriegseinsatz in Libyen sollten UNO und Nato eine Lehre sein. Kriege sind keine humanitären Einsätze. Sie lassen sich auch nicht mit humanitären Gründen rechtfertigen.

Kriege sind selbst dann nicht gerecht, wenn eine Partei für eine gerechte Sache kämpft. Kriege töten. Rüstung tötet. Deshalb müssen wir ab- und umrüsten. In der Bekämpfung des weltweiten Hungers gibt's genug zu tun. Allein die monatlich 6,7 Milliarden Dollar im Monat, die die USA im Afghanistan-Krieg verpulvern, würden wahrscheinlich ausreichen, alle Hungernden dieser Erde satt zu machen.

Bei uns in Deutschland gibt es in der Bildung oder in Sachen Energiewende genug zu tun. Und es gibt leider auch immer noch genug zu tun, die Atompolitik und ihre Folgen zu beherrschen.

Etliche Atommeiler sind ja immer noch am Netz. Erst 2022 soll der letzte abgeschaltet werden. Bis dahin wird weiter Atommüll produziert. Und der muss irgendwie entsorgt werden. Was das für die Menschen bedeutet, das wisst Ihr in dieser Gegend nur zu gut.

Asse ist undicht. Wer was anderes behauptet, ist selber Asse, der ist nicht ganz dicht. Aus dem ehemaligen Salzbergwerk tritt radioaktiv verseuchtes Wasser aus.

Was angebliche Experten für unmöglich hielten, ist eingetreten oder schlimmer: ausgetreten. Hier rächt sich bitter, dass die Atomindustrie das angeblich für Forschungszwecke genutzte Bergwerk als billiges Endlager missbraucht hat.

Ich fordere: Die 126.000 Fässer müssen raus da. Schnellstmöglich. Sie verrotten bereits. Wir wollen keine Zeitbombe, die noch hunderte, ja zehntausende von Jahren unter uns, unseren Kindern und Kindeskindern tickt. Wir wollen auch keine solche Zeitbombe im Schacht Konrad in Salzgitter. Der radioaktive Abfall muss in stabilen geologischen Formationen vergraben werden.

Deshalb wollen wir auch kein Endlager in Gorleben. Der Salzstock ist geologisch genauso wenig geeignet wie Asse. Ich frage mich: Was gibt es da eigentlich noch zu erkunden?

Warum will Minister Röttgen, warum will diese Bundesregierung Gorleben als Referenzstandort in das Endlager-Suchgesetz aufnehmen? Gorleben ist als Standort für die Entsorgung von Atommüll tot, mausetot. Gorleben muss leben!

Das haben die Proteste vor drei Tagen im Wendland eindrucksvoll unterstrichen. Sie haben, wie es die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg formuliert hat, „der tödlichen Bedrohung lebendigen Widerstandsgeist entgegengebracht“.

Heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird an etlichen Orten unserer Republik einer ganz anderen, ebenfalls tödlichen Bedrohung lebendiger Widerstandsgeist entgegengebracht. Ich rede von den Nazis, von ihren Aufmärschen, zu denen sie den 1. Mai, unseren Feiertag, missbrauchen.

In Hof, Bautzen, Weimar, Wittstock, Neubrandenburg, Mannheim, Neumünster, Bonn – über die ganze Republik verteilt, wollen die Nazis heute ihre dumpfen Parolen und ihre rassistische Gesinnung auf die Straßen und Plätze tragen. Mit vordergründig antikapitalistischen Sprüchen wollen sie für ihre menschenfeindliche Ideologie werben.

In Hof heißt ihr Motto: „Zeitarbeit abschaffen – Soziale Ausbeutung stoppen“. Das ist mehr als zynisch. Dieselben Nazis, die hier soziales Engagement vortäuschen, ziehen gegen bei uns lebende Migranten zu Felde, greifen sie an. Dabei sind gerade Menschen ausländischer Herkunft von prekärer Beschäftigung besonders betroffen.

Die Morde der sogenannten NSU an Einwanderern türkischer Herkunft, die sich in Deutschland eine bescheidene Existenz aufgebaut hatten, sie sind der grausame Beleg für die tödliche Gefahr, die in unserem Land von den Nazis ausgeht.

Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen. Die NPD gehört deshalb verboten, Kolleginnen und Kollegen. Kein Fußbreit den Faschisten und Rassisten. Nirgendwo.

Ich hoffe inständig, dass die vielfältigen Aktionen von breiten Bündnissen aus Demokraten und Antifaschisten gegen diese nicht zu tolerierende Beschlagnahme unseres 1. Mai überall Erfolg haben. Ja, überall haben auch die Gewerkschaften dazu aufgerufen, sich den Nazis in den Weg zu stellen.

Wie richtig und wichtig das ist, wissen wir aus unserer Geschichte. Der Schwur der Überlebenden des KZ Buchenwald „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ ist uns Verpflichtung.

Überall müssen die Aufmärsche der Nazis gestoppt werden. Bunt statt Braun ist unser Motto! Unsere Demokratie ist uns viel zu wichtig, als dass wir ihre Wurzeln vergiften lassen.

Deshalb kämpfen wir weiter für eine solidarisch demokratische humane Gesellschaft, gegen die Ökonomie der Maßlosigkeit, gegen die unersättliche Gier nach größtmöglicher Rendite.

Dafür treten wir auch heute an unserem Tag, an unserem 1. Mai ein, in Braunschweig, in Deutschland, in der ganzen Welt.

Der 1. Mai ist aber auch unser internationaler Feiertag. Im Anschluss an diese Kundgebung und an die Demo zum Bürgerpark wird gefeiert. International mit kulinarischen Spezialitäten aus vielen Ländern, mit Informationsständen, mit großem Kinderfest und mit Musik.

Ich wünsche uns allen viel Spaß dabei, gute Begegnungen und viele gute Gespräche.

Ich rufe Euch zu: Es kämpft sich nicht schlecht für Freiheit und Recht. Und es feiert sich gut für Kampfkraft und Mut. Wir werden beides besonders in diesen Tagen und Wochen brauchen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

Glückauf!